

Allende, Salvador

(1908–1973). Präsident Chiles von 1970 bis 1973. Allende wurde durch einen Militärputsch im Jahr 1973 gestürzt, in dessen Verlauf er unter ungeklärten Umständen zu Tode kam.

Antifaschismus

Politische Ideologie bzw. Strömung, die sich gegen Faschismus und Nationalsozialismus richtet. Ursprünglich in den 1920er-Jahren in Italien entstanden, bezeichnete der Begriff bald auch die Bekämpfung anderer rechtsgerichteter totalitärer Diktaturen, vor allem des deutschen Nationalsozialismus. Die allgemeinere Bedeutung blieb nach 1945 bestehen und kennzeichnet heute das Eintreten gegen rechtsextreme Politik und deren Vertreter.

Antikommunismus

Der Begriff bezeichnet die politische Ablehnung bzw. Feindschaft gegenüber den Theorien, Ideologien und Herrschaftsformen des Kommunismus.

Berufsverbot

Im strafrechtlichen Sinn das vom Staat oder Gerichten ausgesprochene Verbot, bei schwerwiegendem Verstoß gegen das Gemeinwohl oder das Berufsethos einen bestimmten Beruf ausüben zu können. Im politischen Bereich wurde das Verbot angewandt, um linksgerichteten Personen die Ausübung eines bestimmten Berufs (besonders im öffentlichen Dienst) zu untersagen. Ab 1972 wurde aufgrund des Extremistenbeschlusses (auch Radikalenerlass genannt) sogenannten linksextremistischen Berufsanwärtern eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst untersagt.

Bipolare Welt

Die Epoche des Kalten Kriegs war von den Gegensätzen zwischen Ost und West gekennzeichnet. Der Begriff „bipolare Welt“ bezeichnet die Blockbildung unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika auf der westlichen und der Sowjetunion auf der östlichen Seite. Nach dem Zweiten Weltkrieg stützten sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in Europa auf gleichgesinnte Bündnispartner. Die Militärbündnisse Warschauer Pakt im Osten und NATO im Westen entstanden.

Blockbildung

Zusammenschluss von (politischen) Gruppen oder Ländern zur Wahrnehmung und Durchsetzung der jeweils gemeinsamen Interessen. Der Ost-West-Konflikt nach dem Zweiten Weltkrieg führte zu einer Aufteilung der Welt in zwei Blöcke, einen westlichen und einen östlichen. Die beiden Supermächte Sowjetunion und USA versuchten, ihr jeweiliges System in möglichst vielen Staaten zu etablieren. Um die eigene Macht und das Gleichgewicht zwischen den Lagern zu sichern, wurden Bündnisse geschlossen und ausgebaut: die Militärbündnisse Warschauer Pakt im Osten und NATO im Westen entstanden.

Brandt, Willy

(1913–1992). Deutscher Politiker, von 1969 bis 1974 deutscher Bundeskanzler. Für seine Ostpolitik der Entspannung erhielt er 1971 den Friedensnobelpreis.

Castro, Fidel

Geboren 1926, kubanischer Politiker und Revolutionär. 1959 bis 2008 Regierungschef, „Máximo Líder“, der Karibikinsel Kuba. Castro erlangte seine Macht in einem zweijährigen Guerillakampf, der mit einem Sieg über den Diktator Batista endete.

Chruschtschow, Nikita

(1894–1971). 1953, nach dem Tod Josef Stalins, wurde Chruschtschow zum 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU gewählt und im selben Jahr Partei- und Staatschef der Sowjetunion. Nach wachsender Kritik an seiner Politik wurde Chruschtschow im Oktober 1964 vom Zentral-Komitee der KPdSU gestürzt.

Exilkubaner

Exilkubaner sind Personen kubanischer Abstammung, die sich (vor allem) aus politischen Gründen im Exil befinden und gegen die sozialistische Regierung kämpfen. Die größte Gruppe lebt im amerikanischen Florida. 1959 endete die Kubanische Revolution mit einem Sieg Fidel Castros und seiner Truppen.

Faschismus

Autoritäre und nationalistische politische Bewegung oder Staatsordnung, bei der ein „Führer“ bedingungslosen Gehorsam fordert und der Staat allmächtig ist, andere Parteien sind verboten. Der Gehorsam des Volkes wird notfalls mit Gewalt erzwungen und Gegner des Systems werden verfolgt, eingesperrt, gefoltert und ermordet. Ursprünglich war „Faschismus“ die Bezeichnung für eine politische Bewegung, die unter der Führung von Benito Mussolini 1922 in Italien die Macht übernahm und deren Symbol das Rutenbündel der römischen Liktoren (lat. „fasces“) war. In Deutschland lassen sich die genannten Kennzeichen des Faschismus für die Regierung Hitlers im Dritten Reich nachweisen. Der Nationalsozialismus war nach der Machtergreifung im Jahr 1933 durch zahlreiche willkürliche Verhaftungen und klare Rechtsbrüche gekennzeichnet, die Verfassung der „Weimarer Republik“ wurde außer Kraft gesetzt. Grundrechte wurden abgeschafft, politische Gegner in so genannten Konzentrationslagern eingesperrt und größtenteils ermordet.

Glasnost

Transparenz, Offenheit (russ.); insbesondere in Bezug auf die Zielsetzungen der Regierung der damaligen Sowjetunion. Der politische Leitbegriff wurde Mitte der 1980er-Jahre von Michail Gorbatschow geprägt, der für grundlegende Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stand. Gorbatschow kritisierte 1987 in einer programmatischen Rede die Fehler der KPdSU und forderte eine demokratische Umgestaltung von Partei und Gesellschaft.

Gorbatschow, Michail Sergejewitsch

Geboren 1931. Der russische Politiker unternahm als Staatspräsident der UdSSR und als Generalsekretär der KPdSU die bis dahin größten Reformversuche der Sowjetunion. Er war von 1985 bis 1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und von 1990 bis 1991 Präsident der Sowjetunion. 1990 erhielt Gorbatschow den Friedensnobelpreis.

Guerilla

Der Begriff stammt aus dem Spanischen und bedeutet Kampf, Krieg bzw. Kampfeinheit. Er bezeichnet sowohl eine besondere Form des militärischen Kampfes, als auch bewaffnete einheimische Kampftruppen und deren Mitglieder. Der Untergrund- oder Bürgerkrieg richtet sich meist als Teil einer Widerstandsbewegung gegen Besatzungs- bzw. Kolonialmächte oder die eigene Regierung.

Havel, Václav

(1936–2011). Tschechischer Schriftsteller und Politiker und von 1989 bis 1992 Staatspräsident der Tschechoslowakei, 1993 bis 2003 der Tschechischen Republik. 1977 Mitbegründer und Sprecher der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“. 1989 war er als zentrale Figur des sogenannten Bürgerforums mitverantwortlich für den demokratischen Umbau der Tschechoslowakei.

Heißer Krieg

Das Gegenteil eines „Kalten Krieges“. Einzelne oder mehrere Staaten stehen sich feindlich gegenüber und kämpfen mit kriegerischen Mitteln gegeneinander, die Waffen sind „heiß“ – es wird geschossen und es sind tote und verwundete Opfer zu beklagen.

Imperialismus

Bezeichnung für die zielgerichtete Erweiterung und den systematischen Ausbau des wirtschaftlichen, militärischen, politischen und kulturellen Macht- und Einflusses einer (Groß-)Macht in der Welt.

Intervention

Völkerrechtlicher Begriff, der die Einmischung, Einflussnahme oder das Eingreifen eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen bezeichnet.

Interventionstruppen

Eingreiftruppen.

Jelzin, Boris Nikolajewitsch

(1931–2007). Russischer Politiker. Von 1991 bis 1999 erster Staatspräsident der Russischen Föderation und das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt in der Geschichte Russlands.

Kalter Krieg

Dieser Begriff bezeichnet allgemein eine Konfrontation zwischen verschiedenen Staaten, die sich feindlich gegenüberstehen, aber nicht unmittelbar mit kriegerischen Mitteln gegeneinander kämpfen. Der Konflikt wird in der Regel mit Propagandamitteln und Drohungen sowie gegenseitiger Aufrüstung ausgetragen. Beide Seiten häufen immer mehr Waffen an, um den Gegner zu bedrohen. So besteht immer die Gefahr, dass aus dem kalten Krieg ein „heißer“, ein echter Krieg wird. Wenn man diesen Begriff benutzt, so meint man in der Regel den sogenannten Ost-West-Konflikt ab 1946/47. Die hoch gerüsteten und atomar bewaffneten Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt standen sich feindlich gegenüber.

Kapitalismus

Kapitalismus ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel (alle für die Produktion von Gütern erforderlichen Hilfsmittel wie Gebäude, Maschinen, Anlagen, Werkzeuge, Roh-, Hilfs- oder Betriebsstoffe) und Geld als Kapital bezeichnet werden und vor allem im Besitz von privaten Unternehmern sind. Ein kapitalistischer Staat schützt das Privateigentum, die Unternehmer können ohne staatliche Eingriffe weitgehend frei arbeiten bzw. arbeiten lassen. In der Vergangenheit, als es noch keine Gesetze zum Schutz der Arbeiter gab, führte dies insbesondere während der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert dazu, dass das Leben der Menschen immer mehr von der Arbeit in den Fabriken bestimmt wurde und sie bis zu 16 Stunden pro Tag arbeiten mussten.

Kennedy, John F.

(1917–1963). Amerikanischer Politiker und ab 1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Am 22. November 1963 wurde er auf einer Wahlkampfreise in Dallas, Texas, mit mehreren Gewehrschüssen – während einer Fahrt im offenen Wagen – ermordet.

Kohl, Helmut

Geboren 1930. Deutscher CDU-Politiker und Bundeskanzler von 1982 bis 1998. Helmut Kohl war mit 16 Jahren Amtszeit der am längsten regierende Kanzler der Bundesrepublik und der erste Kanzler Gesamtdeutschlands (1990). Der Höhepunkt seiner politischen Laufbahn war sicherlich die Wiederherstellung der Deutschen Einheit (November 1989).

Kommunismus

Lateinisch von „communis“ – „gemeinsam“. Die kommunistische Ideologie propagiert die „ideale“ menschliche Gesellschaft: alle Produktionsmittel und Erzeugnisse sollen in das gemeinsame Eigentum der Staatsbürger übergehen und alle Klassengegensätze überwunden werden. Diese politische Richtung wendet sich gegen den Kapitalismus und vertritt eine zentral gelenkte Wirtschafts- und Sozialordnung. Nach dieser Vorstellung, die es schon im Altertum gab, sollen alle Dinge, die gemeinsam hergestellt werden, auch gerecht verteilt und das Privateigentum abgeschafft werden. Dieser Grundgedanke wurde von anderen Denkern (zum Beispiel Wladimir Iljitsch Lenin) weiterentwickelt und im 20. Jahrhundert zur Grundlage verschiedener politischer Herrschaftsformen. Nach der russischen Oktoberrevolution im Jahr 1917 entstand in der Sowjetunion eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die als Endziel den Kommunismus anstrebte.

KPdSU

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Gründung 1918, Auflösung 1991).

Kuba-Krise

Die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba ab Mai 1962 führte zu einer amerikanischen Seeblockade der Insel. Im Oktober dieses Jahres stand die Welt am Rande eines Dritten Weltkrieges. Schließlich lenkte die sowjetische Führung unter Chruschtschow ein und erklärte sich bereit, die Raketen zu entfernen. Ein anschließender Kompromiss auf Verhandlungsebene beinhaltete die geheimgehaltenen Zusagen, die amerikanischen Raketensysteme aus der Türkei abzuziehen und Kuba nicht anzugreifen.

Lenin, Wladimir Iljitsch

(1870–1924). Russischer Politiker und Revolutionär. Seit der Oktoberrevolution 1917 bis zu seinem Tod Regierungschef Sowjetrusslands und Begründer der Sowjetunion (1922).

Mao Zedong

(1893–1976, auch: Mao Tse-tung). 1949 rief der kommunistische Parteichef Mao Zedong die „Volksrepublik China“ aus. Er war Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas (1943–1976) und der Zentralen Volksregierung (1949–1954) sowie Staatspräsident der Volksrepublik China (1954–1959).

Marshall-Plan

Amerikanischer Plan zur Sanierung der europäischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, der auf den US-Außenminister George C. Marshall zurückgeht und ab 1948 umgesetzt wurde. Das Hilfsprogramm umfasste materielle und finanzielle Hilfen: Waren, Sach- und Lebensmittel wurden an west- und osteuropäische Staaten geliefert. Auch durch Zuschüsse und Darlehen sollte die Errichtung demokratischer Gesellschaftsmodelle nach westlichem Muster realisiert werden. In Osteuropa scheiterte dieser Plan.

McCarthy-Ära

Auch „McCarthyismus“. In der Zeit des Kalten Krieges beobachteten die USA mit Sorge, dass die UdSSR ebenfalls Atomwaffen entwickelte. Nur so ist der übersteigerte Antikommunismus zu verstehen, der in einer vom US-Senator Joseph McCarthy angeführten Hexenjagd seinen Höhepunkt zwischen 1950 und 1954 fand. Er wurde zu einer Symbolfigur für die Kommunistenjagd in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg, die dazu führte, dass nicht nur bekennende Linke, sondern auch liberale Intellektuelle systematisch überwacht, eingeschüchtert und ihrer Ämter enthoben wurden.

NATO

Nordatlantikpakt. Die „North Atlantic Treaty Organization“ ist ein seit 1949 bestehendes Militärbündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten. Seit 1967 ist das Hauptquartier der NATO in Brüssel. Verteidigungsbündnis der USA und Kanadas mit zunächst 10 westeuropäischen, heute 26 Mitgliedstaaten. Die NATO wurde 1949 gegründet, Westdeutschland gehört ihr seit 1955, Gesamtdeutschland seit 1990 an.

Parlamentarische Demokratie

Das vom Volk gewählte Parlament entscheidet über die Politik und besitzt ausgeprägte Kompetenzen – vor allem das Recht, die Regierung zu wählen oder abzusetzen. Diese ist vom Vertrauen des Parlaments abhängig und muss sich dem Parlament gegenüber verantworten. Das parlamentarische Regierungssystem zeichnet sich durch eine enge Verschränkung von Legislative und Exekutive aus. In den europäischen Staaten gibt es ausschließlich parlamentarische Demokratien.

Perestroika

Russischer Begriff für die Umbildung, den Wandel des sowjetischen politischen Systems – insbesondere im innenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich.

Propaganda

Systematische Verbreitung politischer oder weltanschaulicher Ideen und Meinungen mit dem Ziel, die öffentliche Meinung in bestimmter Weise zu beeinflussen. Im wirtschaftlichen Bereich bedeutet dieser Begriff „Reklame“.

Schweinebucht

Bucht an der Südküste Kubas. Hier gipfelte der Konflikt zwischen den kapitalistischen USA und dem sozialistischen Kuba in einer Invasion der Amerikaner, die erfolglos versuchten, die Regierung Fidel Castros zu stürzen. Die Welt stand Anfang der 1960er-Jahre am Rande eines Atomkrieges.

Sozialismus

Politische Weltanschauung, die darauf abzielt, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen, in der die Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität als oberste Ziele verwirklicht werden sollen. Es soll keine Unterscheidung zwischen „arm“ und „reich“ geben und Privateigentum wird durch gesellschaftlichen oder staatlichen Besitz der Produktionsmittel ersetzt. Die Wurzeln der sozialistischen Idee liegen in der Aufklärung und der Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts. Diese Ideen waren die Grundlage unterschiedlicher politischer Herrschaftsformen im 20. Jahrhundert. Der sowjetische Politiker und Revolutionär Wladimir Iljitsch Lenin entwickelte die politischen Ziele des Kommunismus weiter; unter seiner Führung kam es in Russland 1917 zur Oktoberrevolution. Nach dem Sieg der Kommunisten im Russischen Bürgerkrieg wurde 1922 die sozialistische Sowjetunion gegründet. Der Grundgedanke – die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen – trug wesentlich zu der internationalen Verbreitung des Sozialismus bei.

Staatliche Souveränität

Dieser Begriff bezeichnet die höchste, nach innen und außen unabhängige staatliche Herrschaftsmacht und Entscheidungsgewalt. Souveräne Staaten können frei und unabhängig über die Art der Regierung, das Rechtssystem und die Gesellschaftsordnung innerhalb ihres Staatsgebietes bestimmen (innere Souveränität). Das Völkerrecht postuliert die Unabhängigkeit und Gleichheit aller Staaten in den internationalen Beziehungen (äußere Souveränität).

Stalin, Josef Wissarionowitsch

(1878–1953). Sowjetischer Politiker und Diktator, ab 1922 Inhaber des neugeschaffenen Amtes des Generalsekretärs und von 1927 bis zu seinem Tod 1953 alleiniger Herrscher der Sowjetunion. Stalin baute sukzessive seine Machtstellung aus und schaltete skrupellos Rivalen aus.

Stellvertreterkrieg

Bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten, die zum Einflussbereich jeweils verschiedener Großmächte gehören und quasi stellvertretend den Konflikt austragen. Stellvertreterkriege werden dann geführt, wenn durch einen direkten Krieg wegen der großen Anzahl und des Tötungspotenzials der Waffen hohe Verluste zu befürchten sind bzw. ein Krieg unkontrollierbar ausarten könnte.

Truman, Harry S.

(1884–1972). Amerikanischer Politiker, seit 1944 Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika und von 1945 bis 1953 (nach dem Tode Roosevelts) 33. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Truman-Doktrin

Inoffizielle Bezeichnung für das Vorhaben der USA, den durch kommunistische Bewegungen und Staaten beeinflussten Ländern wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe zu gewähren. Der US-amerikanische Präsident Truman verkündete diese Doktrin am 12. März 1947. Die Truman-Doktrin wurde zum Grundprinzip der amerikanischen Außenpolitik im Kalten Krieg und bildete zum Beispiel die Grundlage für den Marshallplan.

UN-Sicherheitsrat

Dieses Organ der Vereinten Nationen in New York hat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Seine Beschlüsse sind für alle UN-Mitgliedstaaten bindend. Er kann eigene Untersuchungen anstellen, vermitteln oder Bedingungen für eine Beilegung von Konflikten aufstellen (z. B. ein Waffenstillstandsabkommen). Außerdem entscheidet der Sicherheitsrat über nicht-militärische Sanktionen wie eine Unterbrechung der Handels- und Verkehrswege oder Kommunikationsverbindungen, aber auch über militärische Maßnahmen wie Seeblockaden, Luftschläge bzw. die Entsendung von Bodentruppen oder Beobachtern.

Vetomacht

„Veto“ kommt aus dem Lateinischen und heißt wörtlich übersetzt: „Ich verbiete“. Eine Vetomacht ist ein Staat, der das Recht hat, gegen einen Beschluss vorzugehen, „ein Veto einzulegen“. Das bedeutet, dass dieser Beschluss unwirksam bleibt bzw. nicht zustande kommen kann. Beispiel UNO: Vetomächte sind die Vereinigten Staaten von Amerika, China, Russland, Frankreich und Großbritannien.

Währungsreform

Neuordnung eines Währungssystems, staatliche Neuregelung des Geldwesens. 1948 wurde in Westdeutschland die Reichsmark von der D-Mark abgelöst, da diese durch die Auswirkungen der Inflation im Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit als Zahlungsmittel wertlos war. Als Reaktion auf die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen führte die Sowjetunion in Ostdeutschland die Ostmark ein und sperrte die Transitwege nach Westberlin

Währungsunion

Fixierung des Wechselkurses zwischen zwei oder mehreren Währungen (z. B. durch die Übernahme bzw. Schaffung einer neuen gemeinsamen Währung). Beispiele sind die Währungsunion von DDR- und D-Mark im Jahre 1990 sowie die europäische Währungsunion mit der Einführung der Gemeinschaftswährung Euro 1999 bzw. 2002.

Wałęsa, Lech

Geboren 1943. Polnischer Politiker, in den 1970er und 1980er Jahren führende Person der freien Gewerkschaftsbewegung. Als Vorsitzender der Gewerkschaft „Solidarność“ trug er maßgeblich zum demokratischen Umbau Polens bei, dessen erster frei gewählter Staatspräsident er von 1990 bis 1995 war.

Warschauer Pakt

Militärisches Bündnis osteuropäischer Staaten, das 1991 aufgelöst wurde. Der Warschauer Pakt wurde aufgrund der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und als Reaktion auf die Gründung der NATO ins Leben gerufen. Er wurde 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der DDR, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und der UdSSR in Warschau geschlossen. 1961 trat Albanien aus. Mit dem Ende der Blockbildung zwischen Ost und West wurde 1991 auch das Bündnis aufgelöst.